

Danziger Zeitung.

M 12845.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Marseille, 19. Juni, Abends 11 Uhr. Seit 8 Uhr finden blutige Schlägereien zwischen Franzosen und Italienern statt. Es heißt, drei Personen seien getödtet und viele verwundet. Die Municipalität ist in Permanenz. Viele Kaffeehäuser sind vom Präfecten geschlossen worden. Die Stadt wird von Patrouillen durchzogen.

Marseille, 20. Juni. Die Schlägereien dauerten während der Nacht an mehreren Punkten fort. Man spricht von 8 Tödteten und 23 Verwundeten. Im Hospitale befanden sich 2 Tödtete und 12 Verwundete. 65 Personen sind verhaftet. Der Staatsprocurator hat die Untersuchung begonnen.

Nantes, 20. Juni. Das Verbot einer kirchlichen Procession verursachte gestern die Zusammenrottung einer großen Menge, welche gegen das Verbot protestirte, unter dem Gefolge der geistlichen Väter vor die Kirchen zog. Die Republikaner antworteten mit dem Abfeuern der Marcellaise. In Folge des dabei entstandenen Tumults sind mehrere Personen verhaftet.

Nach Schluß der Redaktion eingegangen.

Berlin, 20. Juni. Der Vicepräsident des Staatsministeriums, Graf v. Stolberg, hat auf sein wiederholtes, mit Privatverhältnissen begründetes Ansuchen vom Kaiser die Entlassung aus seinen Aemtern erhalten. Der Staatsminister v. Bötticher ist mit der generellen Vertretung des Reichskanzlers beauftragt; den Vorstoß im preussischen Staatsministerium führt bis auf Weiteres der in Berlin anwesende, im Dienst älteste Minister.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Gené, 19. Juni. An dem gestrigen Diner bei dem Kaiser nahmen der König von Schweden und Prinz Karl von Preußen Theil, welche auch Abends mit dem Kaiser das Theater besuchten. Prinz Karl ist heute Vormittag nach Eisenach abgereist. — Der Kaiser und der König von Schweden werden sich morgen nach Schloß Brühl begeben, woselbst der Großherzog von Baden mit der Prinzessin Victoria eintreffen wird.

Wien, 19. Juni. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist in dem Befinden des in Ebenthal erkrankten Herzogs August von Coburg bisher keine Besserung eingetreten.

Marseille, 19. Juni. Dem italienischen Club ist durch Präfectoralerlaß im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung die Genehmigung entzogen worden. Die Schließung des Clubs wird sofort erfolgen.

Petersburg, 19. Juni. Gestern früh wurden im Katharinencanal unter der steinernen Brücke zwei Dynamitladungen gefunden. Dieselben bestanden aus zwei sorgfältig zubereiteten Kanthuchschüssen von 1/2 Arschin im Durchmesser, welche zusammen 150 Pfd. schwachen Dynamits enthielten und mit Leitungsdrähten versehen waren. Nach der Meinung der Experten dürfte die Anfertigung der beiden Sprengwerkzeuge aus jüngster Zeit datiren.

Warschau, 19. Juni. Das Bankhaus Wilhelm Landau macht bekannt, daß die näheren Umstände bezüglich des Ende Januars bei demselben verübten Raubes ermittelt worden sind, das Geld sich vollständig wiedergefunden habe und der Kassenbote Schmerel unschuldig sei.

Bukarest, 19. Juni. Dem Vernehmen nach würde sich die Donaucommission demnächst auflösen, ohne daß ein Resultat in der Hauptfrage erreicht worden wäre. Die rumänische Regierung wurde in ihrer Opposition gegen die österreichischen Forderungen im Abenteurproject namentlich von dem englischen Delegierten unterstützt.

Washington, 19. Juni. Der Export von Cerealien aus Amerika betrug in der Zeit vom 1. Juli 1880 bis 31. Mai 1881 244 955 370 Doll. oder 8 921 458 Doll. weniger als in dem Zeitraum vom 1. Juli 1879 bis 31. Mai 1880.

Politische Uebersicht.

Danzig, 20. Juni.

Mit der noch bis zu dem letzten Augenblicke bezweifelten Ernennung des Herrn v. Gohler, des bisherigen Unterstaatssecretärs im Cultusministerium, zum Cultusminister und der Ernennung des Herrn v. Puttkamer zum Minister des Innern ist das Provinzialforum, welches nach dem Rücktritt des Grafen Eulenburg im preussischen Staatsministerium eingetreten war, zum Abschluß gelangt. Herr v. Gohler ist, wie es scheint, wesentlich zu Gute gekommen, daß die Curie sich in den Verhandlungen zur Befestigung des trierischen Zwischenfalls zu dem Zugeständnis herbeigelassen hat, die Wahl des Lorenz's zum Capitelsvicar zu annulliren, und daß in Folge dessen der Kaiser Bedenken trug, den Trierer Regierungspräsidenten, der in der Lorenz'schen Angelegenheit Partei gewesen war, zum Cultusminister zu ernennen. In der Ernennung Gohlers liegt also eine zarte Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit der Curie, welche für die gegenwärtigen Zustände charakteristisch ist. Die Erhebung Puttkamer's durch Herrn v. Gohler läßt sich mit mehr Recht als diejenige Falk's durch Puttkamer nur als „eine andere Nummer“ bezeichnen; den Faden wird der Reichskanzler auch freilich jetzt nicht aus der Hand geben. In der Schulpolitik wird Dr. v. Gohler seinen Vorgänger schwerlich überbieten können, oder wenigstens nur in der schrofferen Form des Vorgehens.

Mit der Beurlaubung des Reichskanzlers ist auch die Bezeichnung eines generellen Stellvertreters des Reichskanzlers auf Grund des Stellvertretungsgesetzes notwendig geworden. Wie

man sich erinnert, hatte der Vicepräsident des Staatsministeriums, Graf Stolberg, welchem bisher auch die Stellvertretung des Reichskanzlers übertragen war, schon bei dem Rücktritt des Grafen Eulenburg seine Entlassung verlangt. Indessen war damals die Entscheidung vertagt worden. Daß jetzt bei dem Schluß des Reichstags nicht Graf Stolberg, sondern der Staatssecretär im Reichsamt des Innern, Herr v. Bötticher mit der Vertretung der kaiserlichen Verordnung beauftragt wurde, war wohl ein Zeichen für den Grafen Stolberg, daß man seiner Dienste ferner nicht mehr bedürfte. Im Reich ist also Herr v. Bötticher mit der generellen Stellvertretung des Reichskanzlers beauftragt worden, über den künftigen Vicepräsidenten des Staatsministeriums scheint eine Verfügung noch nicht getroffen. Graf Stolberg hat seit dem 29. Mai 1878 als solcher fungirt. Im Parlament sind wiederholt kritische Bemerkungen über die wenig hervortretende Thätigkeit des Stellvertreters des Reichskanzlers gefallen. Gleichwohl aber scheint Graf Stolberg seine Stellung immer noch als eine zu selbstständige aufgefaßt zu haben. Den dadurch veranlaßten Reibungen macht sein Rücktritt nunmehr ein Ende.

Gepannt ist man auf die weiteren wieder notwendig werden Veränderungen. Zunächst darauf, wer zum Nachfolger des Herrn v. Gohler als Unterstaatssecretär im Cultusministerium berufen ist. Genannt wurden bisher der reactionäre Herr de la Croix und der gewandte Herr Lucanus, von dem es vor Kurzem hieß, daß er selbst zum Cultusminister ernannt werden würde. Auch Herr v. Schlieffmann ist noch unter den Candidaten für das Unterstaatssecretariat des Cultusministeriums bezeichnet worden. Die Verwaltungsbeamten, welche in dem Gumbinner Bezirk ihre Schule durchgemacht haben, scheinen in neuerer Zeit besonders für befähigt gehalten zu werden. Es wird nun nicht mehr bezweifelt, daß Herr v. Wolff, mit dem solange ernstlich wegen Uebernahme des Cultusportefeuilles unterhandelt wurde, das Oberpräsidium von Sachsen erhält. Der für diesen Posten bezeichnete Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern, Geh. Rath Stapcke, wird, wie jetzt v. lautet, denselben nicht aufgeben, ist übrigens augenblicklich krank.

Im ober-schlesischen Wahlkreise Kreuzburg-Rosenberg schlossen früher, wie in mehreren andern schlesischen Kreisen, Liberale und Conservative regelmäßig bei den Wahlen einen Compromiß auf der Grundlege, daß man sich über die Aufstellung von freiconservativen Candidaten einigte. Langjähriger Vertreter jenes Wahlkreises war Graf Bethusy-Sic. Solchen Compromissen verbannte wohl die Mehrzahl der Freiconservativen ihre Mandate, ein Abgeordneter dieser Richtung sagte daher einmal scherzweise, es gäbe wohl freiconservative Abgeordnete, aber einen freiconservativen Wähler habe er noch nie zu Gesicht bekommen. Jetzt haben die Conservativen im Wahlkreise Kreuzburg-Rosenberg einen Compromiß gegen Freiconservative und Liberale abgeschlossen, nach dem bei den Reichstagswahlen die Conservativen für den Candidaten des Centrums, bei den Abgeordnetenwahlen die Ultramontanen für den deutsch-conservativen Grafen Claiton d'Haussonville eintreten werden. So erzählt das conservative „Schles. Morgenblatt.“ Solche Vorgänge werden ihre Folgen auch für andere Wahlkreise haben. Es giebt Wahlkreise, wo sich Centrum und Conservative gegenüberstehen, und wo die Conservativen schließlich mit Unterstützung liberaler Stimmen gesiegt haben. Es wird den Conservativen bei den bevorstehenden Wahlen schwer möglich sein, nach diesen Vorgängen liberale und selbst manche freiconservative Stimmen auch nur bei den Stichwahlen zu gewinnen.

Merkwürdig und für die Stellung der Parteien bezeichnend ist es, daß die Conservativen überall als die eifrigen, ja oft glühenden Werber um die Gunst der Clericalen auftreten. Daß diese dagegen sich etwas prüde und mißtrauisch zeigen, daß das Centrum sich nur gegen hohe Preise verkaufen will. Das „Schwarze Blatt“ sagt: „Die antiliberalen Mehrheit, auf welche die Wähler große Hoffnungen setzten, konnte nicht viel erreichen, weil weder die Regierung noch die Rechte die berechtigten Erwartungen des Centrums erfüllten.“ Es giebt also auf irgend einem Gebiete einen Preis, welcher das Centrum veranlaßt hätte, die liberalen Allüren die es zur Abwechslung manchmal annimmt, fallen zu lassen. Das Centrum — sagt das Blatt — wolle sich nicht „als Diener der Regierung verschleifen lassen“, und ohne das Centrum könne der Kanzler seine reactionären „Reformen“ niemals durchsetzen.

Die „N. L. C.“ will wissen, daß der neu-gewählte Reichstag diesmal ungewöhnlich frühzeitig, bereits im November, einberufen werden würde.

Man erinnert sich der Erörterungen über den auffälligen Umstand, daß trotz der Vermehrung der Rübenverwendung um fast 1/3 der Ertrag der Rübenzuckersteuer im Jahre 1880/81 um etwa 18 Mill. Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben ist. Es ist zweifellos, daß dieser Rückgang der Einnahme damit zusammenhängt, daß die Steuererhebung mit den Fortschritten in der Fabrication nicht gleich Schritt gehalten hat; daß also Zucker productiv wird, der einer Steuer nicht unterliegt, und daß Rückvergütungen bei der Ausfuhr für Zucker gewährt werden, von welchem thatsächlich eine Steuer nicht entrichtet worden ist. Eine Abänderung des Gesetzes steht für jetzt nicht in Frage. Um indessen der Schädigung der Reichskasse in Zukunft vorzubeugen

hat der Reichskanzler dem Bundesrath eine Vorlage wegen Abänderung der Bestimmungen über die Creditirung der Rübenzuckersteuer gemacht. Die Creditfrist von sechs Monaten läuft jetzt von dem Beginne des Betriebsjahres (von April) bis Ende August. Die Rückvergütung aber erfolgt in erheblich kürzerer Frist (3 Monaten). Thatsächlich also wird beim Export Rückvergütung einer Steuer gewährt, welche noch gar nicht in die Reichskasse gelangt ist. Die Frist für die Rückvergütung soll nun in Zukunft ebenfalls eine sechsmonatliche sein, d. h. bis Ende August jeden Jahres laufen. Mit andern Worten: die als Rückvergütung beim Export zu zahlenden Beträge sollen bei der Creditirung der creditirten Steuer verrechnet werden. Die Reichskasse wird also nicht mehr in den Fall kommen, Vorschüsse in der Form der Rückvergütung zu geben. Der Vorschlag des Reichskanzlers wird gleichzeitig den Steuerbehörden ein Mittel an die Hand geben, das Verhältnis zwischen den zur Versteuerung gelangenden Mengen und den zum Export angekauften im Einzelnen zu controliren.

Die „Allg. Ztg.“ vernimmt, daß der König von Bayern den Landtag aufgelöst und die Vorname der Neuwahlen anberaumt habe. Die Urwahlen sollen am 14. d. M. und die Abgeordnetenwahlen am 21. Juli stattfinden.

Der Verfassungskonflikt in Norwegen verschärft sich immer mehr. Das Storting hat beschlossen, die in Aussicht auf die bevorstehende Vermählung beantragte Erhöhung der Apanage des Kronprinzen mit 50 000 Kronen zur Zeit abzulehnen. Der Beschluß ist nicht auf finanzielle, sondern lediglich auf politische Gründe zurückzuführen und wendet sich daher geradezu gegen die königliche Familie.

Einige Zeitungen von Barcelona wollen von Plänen einer carlistischen Erhebung im Norden von Catalonien wissen. Die spanische Regierung hat Maßregeln zur Beobachtung getroffen.

In Rumänien ist Ministerkrisis. Sämmtliche Minister, mit Ausnahme des Ministerpräsidenten, haben ihre Demission gegeben.

Während die Anhänger des Fürsten von Bulgarien die Bevölkerung durch die Drohung, Bulgarien würde von fremden Truppen occupirt werden, falls Fürst Alexander abdanken sollte — zu gewinnen suchen, verharret die Opposition bei ihrer Haltung. Jantow hält seine gegen den Fürsten gerichteten Beschuldigungen aufrecht; an Stelle der gemäßigten Journale verrichten Proschüren den Dienst der Agitation für die Verfassung, so daß man schon heute sagen kann, daß der Staatsstreich nur unter Anwendung von Gewalt gelingen werde.

Zur bulgarischen Krisis meldet eine Berliner Depesche der „Daily News“: „Während der letzten Paar Tage haben zwischen den gegenwärtig in Berlin anwesenden fremden Botschaftern und der deutschen Regierung Conferenzen über die bulgarische Frage stattgefunden. Es scheint, daß die Discussion in Berlin centralisirt werden wird. In hiesigen offiziellen Kreisen wird geglaubt, Rußland sei entschlossen, sich des Fürsten Alexander zu jedem Preise zu entledigen (!).“

Deutschland.

Berlin, 19. Juni. Die gestrige Sitzung des Bundesraths brachte noch keine Entscheidung über wichtigere Beschlüsse des Reichstags. Die Beschlußfassung über das Stempelabgabengesetz wurde bis zu einer der nächsten Sitzungen ausgesetzt. Der Reichskanzler hat sich also wohl noch nicht schlüssig gemacht über die Frage, ob diese Abgabenzahlung angenommen werden soll. Auch der Nachtrag zum Etat, mit der Lücke, welche durch die Ablehnung der Diäten- und Reisekosten für den deutschen Volkswirtschaftsrath entstanden ist, paßte der Bundesrath, ohne daß Aufschluß über die weiteren Absichten des Reichskanzlers gegeben worden wäre. Gegen die Unterstellung, als ob der Reichskanzler gewillt sei, das Geld für diesen Rath zu nehmen, wo es finde, ist, wie neulich schon bemerkt, aus Regierungskreisen lebhaft protestirt worden. Das Ausfallsmittel, von dem in einem hiesigen Blatte die Rede war, sollte darin bestehen, daß der Reichskanzler gelegentlich der Berufung des preussischen Volkswirtschaftsraths die Bundesregierungen auffordern würde, sich bei demselben durch Deputirte vertreten zu lassen. Es ist indessen nicht ersichtlich, wie in diesem Falle die Sectionen und Ausschüsse zusammengebracht werden sollen, worüber, soweit der preussische Rath in Betracht kommt, die königl. Verordnungen vom 17. November 1880 Bestimmung getroffen hat. Diese Bestimmungen können doch nicht ohne Weiteres abgeändert werden. Aus dem Umstande, daß dem Bundesrath eine weitere Mittheilung gemacht ist, darf man schließen, daß der Reichskanzler sich noch nicht schlüssig gemacht hat. Das Unfallversicherungsgesetz ist bis jetzt noch nicht an den Bundesrath gelangt. — Die technische Commission für Seeschiffahrt wird ihre Arbeiten voraussichtlich bis Mitte dieser Woche erledigen. Der Commission sind im Ganzen 5 Vorlagen gemacht worden. Diejenigen bezüglich eines offiziellen Schiffsjournals und der Erleichterungen in den Prüfungs-vorschriften für Schiffer in der kleinen Seefahrt sind bereits erwählt worden. Eine dritte Vorlage bezieht sich auf die Gewährung ähnlicher Erleichterungen für die Hochseefischer, da die Vorschriften der bestehenden Prüfungsordnung den Nordseefischern vielfach die Beschaffung der erforderlichen Mannschaften erschwert. Eine 4. Vorlage bezieht sich auf die einheitliche Regelung der Wasserfandesignale in den Einfahrten der deutschen Häfen und Flüsse. Die 5. Vorlage, welche der Commission erst während ihrer gegenwärtigen Sitzung zugegangen ist, bezieht sich auf die Frage der Befreiung des Ablergrunds in der Ostsee im Interesse

der Schiffahrt. In der Zusammenfassung der Commission ist in der Zwischenzeit eine eigenthümliche Verschiebung eingetreten. An Stelle des Regierungsraths Kurzwig aus dem Reichsamt des Innern, welcher bekanntlich im vorigen Jahre von dem Disciplinarhofe mit Strafverfugung belegt wurde, ist der frühere Reichsinspector in Steintin, Capitän z. S. Donner in das Reichsamt des Innern eingetreten, dessen Ernennung zum Regierungsrath vor Kurzem erfolgt ist. Derselbe fungirt jetzt auch in der Seeschiffahrtscommission. Herr Kurzwig ist in der Zwischenzeit zum Navigationschuldirector und zugleich zum Reichscommissar in Wustrow (Mecklenburg) ernannt worden und ist als solcher nunmehr seitens der mecklenburgischen Regierung zur Berufung in die Seeschiffahrtscommission präsentirt worden. — In dem Befinden des Reichskanzlers muß sehr rasch eine Besserung eingetreten sein; wenigstens hieß es schon gestern, daß die Abreise desselben unmittelbar bevorstehe.

Berlin, 19. Juni. Im Bundesrath sollen in den nächsten Tagen die Verhandlungen über den Zollanschluß von Hamburg beginnen, selbstverständlich werden hamburgische Mitglieder des Bundesraths daran Theil nehmen. Zu beachten bleibt immer, daß die neulich von den Ausschüssen des Bundesraths verabschiedeten Angelegenheiten wegen des Zollanschlusses der Unterelbe und der Aufhebung des Hauptzollamtes in Hamburg noch nicht wieder auf die Tagesordnung der Ausschüsse gesetzt worden sind. Alle diese Fragen einschließlich jener über den Zollanschluß Altonas werden jetzt durch die Ereignisse von einem entchieden gegen bisher veränderten Standpunkte aufgefaßt und behandelt werden. — Es liegen ganz sichere Anzeichen dafür vor, daß eine Reihe von Kleinstaaten dem Unfallversicherungsgesetz gegenüber sich ablehnend verhalten haben würde, auch wenn der Staatszuschuß von dem Reichstage genehmigt worden wäre. Den gedachten Staaten ist die Landesversicherungsanstalt sehr bedenklich und umfomehr unaussprechbar erschienen, als sie keine Neigung haben, in besonderen Gruppen eine Landesanstalt zu bilden, oder in Betreff derselben einen Anschluß an Preußen zu suchen. Die Reichsregierung wird nicht verfehlen, diese allerdings thatsächliche Lage der Dinge für erneute Förderung des Staatszuschusses als Hauptmotiv geltend zu machen. Man verspricht sich übrigens interessante Verhandlungen im Bundesrath über das Unfallversicherungsgesetz.

Berlin, 19. Juni. Was die nächsten Wahlen zum Reichstage bedeuten, darüber läßt sich der „Reichsbote“ heute sehr drastisch vernehmen: „Unsere Arbeit ist wohl gegen den Importhandel mit ausländischen Waaren einigermaßen geschützt, es handelt sich aber darum, daß sie auch im Inneren gegen die Concurrenz des Ausbeutungshandels, wie er durch die Böse, die Waarenmagazine und den Hausirhandel der Handelsjuden, welche kein Gewerbe gelernt haben, geschützt werde.“ Daß der „Reichsbote“ unter diesen Umständen die Mittelparteien, nämlich die Nationalliberalen und die deutsche Reichspartei als „Steine vor den Rädern“ bezeichnet und von den Neuwahlen, wenn auch nicht das völlige Verschwinden, so doch eine erhebliche Verminderung derselben erhofft, ist charakteristisch für die von ihm ausgegebene Parole: „Wählen wir conservativ.“

Dem „Hann. Cour.“ schreibt man von hier: Trotz aller Dementis wird in Kreisen, die besser unterrichtet zu sein von sich behaupten können, als es die sogenannten gut unterrichteten sind, versichert, daß es sich bei der bevorstehenden Regelung der Personenfrage in den höchsten Staatsämtern nicht zuletzt auch um die Entscheidung über den jetzigen Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Staatsminister a. D. Agenbach, handle. Derselbe gehört bekanntlich zu jenen Politikern, welche dem Liberalismus noch eine gewisse Berechtigung wenigstens zugesprochen, die aber deshalb auch unseren Hochzeiten weit verhaßter sind, als die Liberalen es pur sang selbst. Diese Hochzeiten, in der Welt Brandenburg nicht allzu spärlich angefallen, haben seit Jahr und Tag den „verkappten Liberalen“ auf dem Oberpräsidentenposten in Potsdam viel schlimmer behandelt als einen Parvenu, und Herrn Dr. Agenbach Hindernisse in den Weg gelegt, wo sie es nur konnten. Sie sind mit ihren Reichthümern, zu denen sie sich um jeder kleinsten Kleinigkeit willen gedrängt fühlen, immer wieder an den Minister des Innern, an den Fürsten Bismarck und an den Monarchen selber gegangen, nach dem ihnen sehr probat dünkenden Grundsatz, daß der Tropfen endlich einmal den Stein höhle. Nachdem sie es aber beinahe schon aufgegeben, ihre Versuche noch weiter fortzusetzen, sollte ihnen mit einem Male in jüngerer Zeit ein doppelt freudig begrüßter Hoffnungsstrahl winken, denn als gut verbürgte Nachricht kam ihnen eine Aeußerung zu Ohren, die sie nicht länger im Zweifel darüber ließ, daß man in einem Falle doch an maßgebender Stelle durchaus keinen Anstand genommen habe, dem Mißfallen über das Verfahren des Oberpräsidenten gegen einen hochadeligen Amtsvorsteher in unverblümtester Weise Ausdruck zu leihen. Von dieser Zeit ab schritten sie einher, die Brust mit Hoffnungen geschwellt, und bemüht sich, ausfindig zu machen, was sich nur irgend gebrauchen läßt, um die einmal erschütterte Stellung des Herrn Agenbach sich ja nicht wieder befestigen zu lassen. Es muß befürchtet werden, daß ihnen ihr Werk schnell genug gelingen wird. Noch ein anderer hoher Verwaltungsbeamter, der Oberpräsident v. Horn in Königsberg, ist unseren Ultraconservativen ein Dorn im Auge, und sie wissen durch manche Prevalente den Schein zu erwecken, als ob er mit Rücksicht auf sein „hohes Alter“ selber den Wunsch hege, einer jüngeren Kraft Herr v. Horn gar nicht daran denkt, seinen conservativen Gegnern derartige Gefälligkeiten zu erweisen oder ihnen zu Liebe das gute Verhältnis zu den liberalen Selbstverwaltungsorganen seiner Provinz zu trüben.

Der vom Abg. Dr. Buhl eingebrachte Gesetzentwurf wegen Verbots der Befähigung, die nicht mehr zur Erlebigung gekommen, ist unter ausdrücklicher Zustimmung des Directors im Gesundheits-

